

Herausgeber

Heinrich Bechtoldt

Herbert von Borch

Walter Hallstein

Kurt Georg Kiesinger

Klaus Ritter

Walter Scheel

Helmut Schmidt

Richard von Weizsäcker

AUSSEN POLITIK

**Zeitschrift für
internationale
Fragen**

Klaus W. Grewlich

Technologie – die Sicherheit Europas

Werner Weidenfeld

Die Jugend und die Europäische Einigung

Wilhelm Bruns

Außenpolitik auf dem X. Parteitag der SED

Alfred Bohmann

Russen und Russifizierung in der Sowjetunion

Georg von Huebner

Jugoslawien nach Tito

Hans J. Dietrich

Perspektiven und Probleme in Ostasien-Westpazifik

Wolfgang Ramonat

Mikrostaaten in den Vereinten Nationen

Klaus Freiherr von der Ropp

Eine Zeitenwende für den Süden Afrikas?

Neue Literatur: Zeitschriften

32. Jahrgang

3/81

3. Quartal 1981 Verlagsort Hamburg DM 12,50

ISSN 0587-3835

**INTERPRESS
Übersee Verlag GmbH
Hamburg**

AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

Jg. 32 3. Quartal 1981

Klaus W. Grewlich Technologie – die Sicherheit Europas	211
Werner Weidenfeld Die Jugend und die Europäische Einigung	223
Wilhelm Bruns Außenpolitik auf dem X. Parteitag der SED	237
Alfred Bohmann Russen und Russifizierung in der Sowjetunion	251
Georg von Huebner Jugoslawien nach Tito	262
Hans J. Dietrich Perspektiven und Probleme in Ostasien-Westpazifik	274
Wolfgang Ramonat Mikrostaaten in den Vereinten Nationen	282
Klaus Freiherr von der Ropp Eine Zeitenwende für den Süden Afrikas?	296
Neue Literatur: Zeitschriften	311

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtoldt, Herbert v. Borch, Walter Hallstein, Kurt Georg Kiesinger, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker.

REDAKTION: Geschäftsführender Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Bechtoldt, 7 Stuttgart-Hohenheim, Schloß, Telefon (07 11) 45 01 26 28.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS-Übersee Verlag GmbH, Schöne Aussicht 23, D-2000 Hamburg 76, Telefon 2 28 52 26. Verleger: Friedrich Reinecke, Anzeigen: Z. Z. ist Preisliste Nr. 10 gültig. Druck: Druck- und Verlagshaus Friedrich Pörtner, Kapitän-Dallmann-Straße 41-43, D-2820 Bremen-Nord.

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,-, Studenten DM 40,-, zuzügl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 12,50. Abbestellungen 6 Wochen vor Quartalsschluß.

Eine Zeitenwende für den Süden Afrikas?

In Südafrika ist die Hoffnung geschwunden, daß unter dem Ministerpräsidenten Botha Reformen zur Überwindung der Apartheid nicht nur im Sozialen und Ökonomischen, sondern auch und vor allem im Politischen eingeleitet würden. Infolgedessen besteht auch keine Aussicht, daß von Südafrika aus über das sogenannte CONSAS-Projekt eine Normalisierung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten erreicht würde. Es wächst also die Gefahr, daß die Konfrontation der Konfliktparteien in einen Bürgerkrieg ausartet. Dr. Klaus Freiherr von der Ropp von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Bonn, ein exzellenter Kenner der Probleme Afrikas südlich der Sahara mit großen Erfahrungen, befürchtet deshalb, daß Schwarze und Weiße erst miteinander reden, wenn die Kosten eines solchen Bürgerkrieges für alle zu hoch geworden sind. Aus den Erfahrungen mit Zimbabwe haben sich keine neuen Vorstellungen entwickelt, und die Versuche einer Lösung in Namibia sind ebenfalls steckengeblieben. Wenn ein grausamer Bürgerkrieg dennoch vermieden werden soll, bleibt kein anderer Weg, als die Kontrahenten an den Verhandlungstisch zu bringen. Dafür gibt es eine Chance: Die neue Administration in Washington hat den Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten Chester A. Crocker mit der Konzipierung einer neuen Afrika-Politik beauftragt. Seine Person bürgt dafür, daß die bisherigen Wege verlassen werden, daß ein radikaler Kompromiß gesucht wird. Es geht um eine neue staatliche Ordnung für Südafrika. Die Vereinigten Staaten drängen zum erstenmal in diese Richtung, und sie können sicher sein, daß ihre Verbündeten in der westlichen Welt diese Politik unterstützen werden. Vonnöten wäre natürlich auch die Mitwirkung einer möglichst großen Zahl von OAU-Staaten. Als Ziel ist wohl nichts anderes vorstellbar als eine ausgehandelte Teilung des Landes. In diese Richtung hat der Verfasser schon vor Jahren in dieser Zeitschrift gewiesen und damit international große Beachtung gefunden.

I. Vorbemerkungen

Wer die Berichterstattung der internationalen Presse zum südlichen Afrika verfolgt, wird nicht umhinkönnen festzustellen, daß hier nach dem Motto »*dramatic today, forgotten tomorrow*« gearbeitet wird. Es drängt sich die Frage auf, ob die Südafrika-Politik der hier entscheidenden nordamerikanischen und westeuropäischen Staaten nicht sehr ähnlich verfährt, mit anderen Worten, ob sie, mangels durchdachter Konzepte weitgehend unfähig zur Aktion, nicht lediglich reagiert. Das erscheint angesichts der Gefährlichkeit des Konfliktes in und um den Mehrvölkerstaat Südafrika unbegreiflich. Reift hier doch unaufhaltsam ein Konflikt heran, der sich vielleicht schon in wenigen Jahren jeder Kontrolle entziehen wird.

Die ursprüngliche westliche Südafrika-Politik, die vor allem auf die Stützung des *status quo* angelegt war und damit die Interessen der schwarzen Südafrikaner übersah, scheiterte Mitte der 70er Jahre deutlich. Ihr folgte, maßgeblich auf Initiative der USA, die auf radikalen Wandel zielende, den weiß-afrikanischen Machtfaktor schlicht übersiehende Politik der Carter-Administration. Bekanntlich schlug auch diese Politik auf der ganzen Linie fehl. Hoffnung läßt allerdings die Ernennung des hochausgewiesenen¹ Chester Crocker zum *Assistant Secretary of State for African Af-*

¹ Dazu vor allem den wichtigen Beitrag Chester A. Crockers: »South Africa: Strategy for Change«, in »Foreign Affairs« (New York) 2/1980/81, S. 323–351.

fairs für die künftige Politik der USA aufkommen. Denn anders als seine Vorgänger im Amt hat Crocker erkennbar seine Geschichtsbücher und darin sowohl die Geschichte des Widerstandes des schwarzen Südafrikas als auch vom Behauptungswillen der um das Afrikanerdom gescharten weißafrikanischen Nation gelesen. So wird seine Politik – unterstellt, er kann sich mit seinen liberalen Vorstellungen gegenüber den ausgeprägt konservativen Kreisen um Reagan behaupten – konstruktiv sein. Crocker wird, anders etwa als der frühere amerikanische UN-Botschafter Andrew Young, kaum bemüht sein, das »*American model*« auf Südafrika zu übertragen. Vorstellbar ist eher, daß er sich an den im Verborgenen durchaus vorhandenen Rückfallpositionen beider Konfliktparteien orientieren und bemüht sein wird, diese nach Art von Puzzlesteinen zusammenzufügen. Mit anderen Worten, es erscheint möglich, daß Crocker den Ausweg aus dem südafrikanischen Dilemma in einem radikalen Kompromiß suchen wird. Unvorstellbar ist, daß die übrigen westlichen Länder, darunter vor allem die EG-Staaten unter Führung der hier sachkundigen ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich, eine solche Korrektur amerikanischer Südafrika-Politik hin zum Positiven nicht aktiv unterstützen werden.

II. Südafrika: Das Scheitern der Reformpolitik

Dieser Weg wird jedoch ein dorniger sein. Denn selbst eine optimale Politik des Westens wird wohl nicht mehr verhindern können, daß in Südafrika ein Guerillakrieg verheerenden Ausmaßes ausbricht. Kein Geringerer als der südafrikanische Regierungschef, der weit über ein Jahrzehnt auch Verteidigungsminister seines Landes war, hat bereits vor Jahren ausgesprochen, daß die Republik am Kap die erste Phase eines Guerillakrieges bereits erreicht habe. Westliche Politik wird eine solche bewaffnete Auseinandersetzung jedoch eindämmen können. Sie wird dazu vor allem bemüht sein müssen, die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu zwingen, ehe sich dieser Krieg mit allen seinen voraussehbaren und unvorussehbaren internationalen Implikationen jeder Steuerung entzieht.

1. Zur Verunsicherung unter den weißen Afrikanern

Noch allerdings stehen sich beide Konfliktparteien ganz unversöhnlich gegenüber. Der seit ca. drei Jahren amtierende Premierminister P. W. Botha hat seit seiner Amtseinführung eines unter Beweis gestellt: Das weiße Südafrika war unter seiner Führung im Politischen zu wirklichen Reformen, von der dringend gebotenen Revolution von oben zur Überwindung der Apartheid ganz zu schweigen, nicht fähig². Aber gerade hier hätte der Schwerpunkt einer erfolgreichen Reformpolitik liegen müssen. Alle Veränderungen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen sind demgegenüber sekundär. Vor Bothas Ablösung, etwa durch den heutigen Erziehungsminister Gerrit Viljoen, besteht so nur wenig Hoffnung, daß die neue amerikanische Regierung mit Pretoria in einen erfolgversprechenden Gedankenaustausch über die Zukunft des Landes an der Südspitze des afrikanischen Kontinents

2 Wichtig dazu Fritz Ullrich Fack: »Bewegt sich etwas in Südafrika?«, in FAZ vom 3. Dezember 1980, S. 1; ders. »Eine Wirklichkeit voller Widersprüche/Südafrika diskutiert den Wandel«, in FAZ vom 31. Januar 1981, Beilage »Bilder und Zeiten«, S. 3.

eintreten kann. Eine von P. W. Botha geführte Regierung wird eben immer wieder versuchen, statt über systemüberwindende Reformen über eine bloße Liberalisierung der bestehenden Ordnung zu sprechen.

Auch der Ausgang der jüngsten Wahlen zum (weißen) Kapstädter Parlament heißt nichts Gutes, sieht man einmal davon ab, daß die neue Fraktion der nach wie vor souverän herrschenden Regierungspartei *Nasionale Party van Suid-Afrika* (NP) von einem starken Premierminister vielleicht eher zu manipulieren sein wird. Das Wahlergebnis hat, womit übrigens zu rechnen war, vor allem eines deutlich gemacht: Die politische Szene des weißen Südafrikas hat sich, innerhalb wie außerhalb der NP, noch weiter nach rechts verschoben. Noch mehr als der beginnende, hier von Schwarzen getragene städtische Terrorismus und gewisse Geschehnisse in Zimbabwe haben die vagen, vielerlei Interpretationen zulassenden politischen Reformversprechen P. W. Bothas aus den Jahren 1978/79 zu dieser Entwicklung beigetragen. So wie diese Versprechungen ausländische Konservative optimistischer nach Pretoria blicken ließen, so haben sie viele der seit Jahr und Tag im Sinne der Apartheid indoktrinierten weißen Afrikaner enorm verunsichert. Die letzteren befürchten, Südafrika werde unter Botha letztlich den Weg Zimbabwes gehen, die Weißen würden politisch entmachtet, ihrer Privilegien beraubt und schließlich vertrieben werden. Der Widerstand ultrakonservativer weißafrikanischer Kreise äußert sich übrigens außer an den Wahlurnen auch in den Aktionen etwa der *Afrikaner Weerstandsbeweging* sowie des von Einwanderern aus Europa getragenen *Wit Kommandos*. Deren Terror richtet sich derzeit aber wohl nur gegen *verligte* Vertreter des Regierungslagers, also noch nicht gegen Schwarze.

2. Wachsender Widerstand der schwarzen Südafrikaner

Andererseits hat das Ausbleiben der von vielen Weißen gefürchteten, von den gemäßigten Schwarzen jedoch sehr erhofften Reformen zur Überwindung der Apartheid im Politischen den Rückhalt der militanten schwarzen Gruppen (*Azanian People's Organisation/AZAPO*, *Black Consciousness Movement/BCM* und *African National Congress/ANC*) in der Bevölkerung weiter gestärkt³.

Wie bereits erwähnt, findet auch die zunehmende Militanz des schwarzen Südafrikas ihren Ausdruck in Terror. Beispielsweise ist auf die vom ANC zu verantwortenden Anschläge auf die Kohleverflüssigungsanlagen Sasol I und II in Sasolburg und Secunda hinzuweisen.

Darauf antworteten die südafrikanischen Streitkräfte Ende Januar 1981 mit einem Angriff auf ein ANC-Büro in Matola/Maputo (Mozambique). In der Folgezeit wurde abermals deutlich, wie unüberbrückbar tief der Graben zwischen schwarzen und weißen Südafrikanern geworden ist: Jede politisch auch nur halbwegs relevante Gruppe der Weißen billigte diese Aktion als eine solche zulässiger Selbstverteidigung. Die Schwarzen aber, ob nun gemäßigt oder militant, verurteilten sie einhellig. So veranstalteten schwarze Südafrikaner in einer ihrer katholischen Kir-

3 Vgl. dazu statt aller anderen Arbeiten das Schlußkapitel »The Prospects for Peaceful Change Revised« (August 1980), in Theodor Hanf, Heribert Weiland, Gerda Vierdag (und Mitarbeiter): »South Africa: Peaceful Change/Prospects of Democratic Conflict Regulation«, London/Kaapstad, 1980.

chen (Regina Mundi/Soweto) einen Gedenkgottesdienst zu Ehren der von den Streitkräften Pretorias in Matola getöteten ANC-Angehörigen⁴. Wer den Weißen Terrorist ist, ist den Schwarzen Bote der Freiheit! Im Februar 1981 rissen dann auch mehr oder weniger alle jener teils sogar offiziellen Gesprächsfäden ab, die in den zurückliegenden Jahren selbst zwischen Anhängern des Regierungslagers und Vertretern militanter schwarzer Parteien über die Zukunft des Landes geknüpft worden waren. Seit Matola ist, ohne die Hilfe ehrlicher Makler, zwischen Weiß und Schwarz wohl nur noch ein *dialogue des sourds* möglich.

3. Internationale Folgen der wachsenden Polarisierung

Daß es sich bei den Auseinandersetzungen in und um Südafrika längst nicht mehr um einen bloßen Regionalkonflikt handelt, machte eine »Geste der Solidarität« der UdSSR von Ende Februar 1981 deutlich⁵: Die Sowjets verstärkten in den Hafenstädten Beira und Maputo der ihnen durch einen Freundschaftsvertrag verbundenen VR Mozambique die Präsenz ihrer Kriegsflotte. Gleichwohl kam es bereits Mitte März 1981, möglicherweise unbeabsichtigt, zu einem erneuten Vorstoß südafrikanischer Militärs auf mozambiquanisches Hoheitsgebiet. Im Rahmen der von Premierminister P. W. Botha propagierten »totalen Strategie« der Abwehr gegen den »totalen Angriff« (auf SWA/Namibia und Südafrika) dringen südafrikanische Heeres- und Luftwaffeneinheiten bekanntlich bereits seit Jahren – und zunehmend häufig – auf das Territorium der gleichfalls der UdSSR in einem Freundschaftsvertrag verbundenen VR Angola vor, um bereits dort die Befreiungsbewegung SWAPO zu bekämpfen.

Die Regierung in Pretoria ist jedenfalls derzeit unfähig, die zugegebenermaßen unendlich komplexen Probleme des eigenen Landes zu lösen. Statt dies aber zumindest ernsthaft zu versuchen, unterläßt die weißafrikanische Regierung wenig, die ohnehin instabilen Nachbarstaaten, die insbesondere SWAPO und ANC in deren Kampf gegen Pretoria unterstützen, weiter zu destabilisieren. Sie wird in ihrer kurzsichtigen Politik auch Crocker und dessen Außenminister Haig ein sehr schwieriger Gesprächspartner sein.

III. Zur Bündnispolitik im südlichen Afrika

Jene südafrikanischen und ausländischen Beobachter⁶ des Landes am Kap der Guten Hoffnung, die davon ausgingen, Botha habe den Sinn seiner eigenen Reden (*»adapt or die«*) begriffen, verfolgten die von Pretoria initiierten Pläne zur Schaffung einer *»Constellation of Southern African States«* (CONSAS) mit großem Inter-

4 Bezeichnend erscheint die unterschiedliche Berichterstattung über diesen Gottesdienst in der liberalen Tageszeitung »Rand Daily Mail« (Johannesburg). S. daher die (schwarze) »Rand Daily Mail/extra« und die (weiße) »Rand Daily Mail« vom 23. Februar 1981, S. 1. Vgl. zur Problematik südafrikanischer Berichterstattung über politisch zwischen Schwarz und Weiß derart kontroverse Themen: Ameen Akhalwaya (Mwasa): »How black journalists see Press »objectivity««, in »Rand Daily Mail« (Johannesburg) vom 26. Februar 1981, S. 14. 5 Auf die Gefahr, daß der Südafrika-Konflikt in letzter Konsequenz zu einem neuen Weltkrieg führen könne, hat bereits vor Jahren Egon Bahr in einem Interview mit »Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt« (Hamburg) vom 10. Juli 1977, S. 8., hingewiesen. Dazu das sehr lesenswerte Szenario von David J. Goldsworthy: »South Africa«, in Mohammed Ayooob (ed.): »Conflict and Intervention in the Third World«, New York, 1980, S. 205–238 (235).

6 Den besten Beitrag veröffentlichte hier Wolfgang H. Thomas »Südafrika zwischen Teilung und Integration«, in »Außenpolitik« 3/1979, S. 301–322.

esse⁷. Mit der Hoffnung auf Überwindung der politischen Ordnung der Apartheid in Südafrika schwand jedoch jede Chance, daß Pretoria und seine schwarzafrikanischen Nachbarn zu einem System wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer und anderweitiger Zusammenarbeit (Botha: »*bulwark against communism*«) finden würden. Von den 1979 groß herausgestellten CONSAS-Plänen ist nur eines geblieben: ein konföderaler Rahmen⁸ zur Regelung der Beziehungen Südafrikas zu den von ihm in die Unabhängigkeit entlassenen, international aber nach wie vor völlig isolierten Reservaten Transkei, BophutaTswana und Venda. Mit anderen Worten, eine Normalisierung der Beziehungen Südafrikas (ganz zu schweigen von denen der genannten Reservate) zu Botswana, Lesotho, Swasiland, Zimbabwe, Zambia, Malawi, Angola und Mozambique unterblieb.

Diese schwarzafrikanischen Staaten schlossen sich aber, gleichfalls 1979, gemeinsam mit Tanzania zum *Southern African Development Coordination Council* (SADCC), einer Art Anti-Konstellation, zusammen. Ziel dieses lockeren Bündnisses⁹ ist vor allem, die heute vorhandene, sehr große verkehrspolitische, wirtschaftliche und sonstige Abhängigkeit fast aller seiner Mitglieder von Südafrika dadurch abzubauen, daß sie die Kooperation aller Art untereinander verstärken. So konzentrierten sich die Debatten der SADCC-Gipfelkonferenzen von Lusaka (April 1980) und Maputo (November 1980) vor allem darauf, das teils durch den Rhodesien/Zimbabwe-Krieg zerstörte, teils durch Schlendrian verkommene Infrastruktursystem der SADCC-Länder wieder instandzusetzen bzw. auszubauen. Die Konferenz von Maputo zeigte, daß westliche Länder, darunter die EG-Staaten, außer einem politischen auch ein wirtschaftliches Interesse an dem Gelingen von SADCC haben. Denn sollten Bürgerkrieg und/oder Sanktionen eines Tages die Nutzung südafrikanischer Eisenbahnen und Häfen unmöglich machen, so kann die Verbindung auch der westlichen Länder zu den SADCC-Staaten nur durch das jetzt projektierte neue Infrastruktursystem aufrechterhalten werden. Angesichts der nicht sonderlich guten Erfahrungen mit regionaler Zusammenarbeit in Afrika¹⁰, ist allerdings selbst bei der Beurteilung der Erfolgchancen eines so lockeren Bündnisses wie des SADCC allerhand Skepsis am Platz.

IV. Zu einigen Entwicklungen in Zimbabwe

Unstreitig stellten die Lancaster-House-Konferenz Ende 1979 sowie die Gestaltung der anschließenden Übergangsperiode Anfang 1980 phänomenale Erfolge

7 Dazu G. M. E. Leistner: »Southern Crucible/South Africa: Future world in microcosm«, Pretoria, 1980. Sehr kritisch hingegen Seamus Cleary: »The new Initiative: The Formation of a neocolonial Empire«, in SAIRR (Hrsg.): »Two views on 'South Africa's Foreign Policy and the Constellation of States'«, Johannesburg, 1981, S. 17–53.

8 Einzelheiten dazu bei Deon Geldenhuys: »The Constellation of Southern African States (CONSAS)«, S. 2–15 (6–14), in Deon Geldenhuys/SAHA (Hrsg.): »The Constellation of Southern African States and the Southern African Development Coordination Council: Towards a New Regional Stalemate?«,

9 Dazu vor allem Deon Geldenhuys: »The Southern African Development Coordination Council (SADCC)«, S. 16–31, in Deon Geldenhuys/SAIRR (Hrsg.), a.a.O.. Reginald Herbold Green: »Southern African Development: Towards a Functioning Dynamic?«, in »Bulletin« (Institute of Development Studies/Sussex) 4/1980, S. 53–58. Zu der Konferenz von Maputo s. »Africa Research Bulletin« (Economic Financial and Technical Series), 11/1980, Spalte 5733–5734. S. ferner »SADCC 2: une conférence très réussie«, in »Le Courier« (Brüssel) 1–2/1981, S. XI–XIV.

10 Dazu u. a. Klaus Fhr. von der Ropp: »Ansätze zu regionaler Integration in Schwarzafrika«, in »Europa Archiv« 12/1971, S. 429–436; ders. »Chancen für eine Föderation in Ostafrika?«, in »Außenpolitik« 2/1971, S. 105–119; ders. »Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft«, in »Außenpolitik« 4/1973, S. 467–475, sowie Manfred Hedrich und Klaus Fhr. von der Ropp: »Chancen regionaler Integration in Westafrika«, in »Außenpolitik« 1/1978, S. 84–97.

der britischen Diplomatie der Entkolonialisierung dar. Die Politik Robert G. Mugabes im ersten Jahr der Unabhängigkeit Zimbabwes ist allerdings wohl noch höher einzuschätzen.

Seine Innen- wie Außenpolitik ist nicht die des siegreichen Revolutionärs, sondern die eines klug abwägenden Staatsmannes. Dabei ist allerdings für die Einschätzung der künftigen Entwicklung zu berücksichtigen, daß Mugabe von seinen teils weiterhin revolutionär orientierten Parteigängern, etwa jenen um den Generalsekretär seiner ZANU/PF-Partei, Edgar Tekere, weniger daran gemessen werden wird, ob er die für afrikanische Verhältnisse sehr hoch entwickelte Volkswirtschaft Zimbabwes hat erhalten können, als daran, welche sozialen und wirtschaftlichen Vorteile das Gros der Bevölkerung aus dem Machtwechsel in Salisbury gezogen hat. Und hier liegt trotz der Einführung bzw. Anhebung von Mindestlöhnen in den modernen Sektoren der Volkswirtschaft offenbar noch vieles im argen. Dieselbe Meinung werden Mugabes militante Parteigänger zu dem kürzlich vorgelegten langfristigen Wirtschaftsprogramm¹¹ der Regierung vertreten. Denn hier wird sozialer und wirtschaftlicher Ausgleich, nicht aber radikale Umverteilung gefordert.

1. Zur Abwanderung weißer Kader

Allein, die Stabilität Zimbabwes scheint nach wie vor nicht nur aus den Reihen unzufriedener ZANU/PF-Mitglieder bedroht. So schafft etwa die Ablösung der 57 District Commissioners, des Rückgrats der bisherigen lokalen Verwaltung, große Probleme. Denn schwarze Zimbabwer mit entsprechender Berufserfahrung stehen zur Ausfüllung der Vakanzen nicht zur Verfügung. Hier liegt vieles darnieder. Viele bislang in den zentralen Ministerien tätige Beamte, allesamt mehr oder weniger überzeugte Diener des *ancien régime*, haben angesichts der für sie radikal veränderten Arbeitsumwelt von der ihnen im Rahmen der Afrikanisierungs-Programme angebotenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Natürlich ist auch damit ein rapider Leistungsabfall der staatlichen Verwaltung verbunden. Soweit sie nicht älter als circa 45 Jahre sind und schulpflichtige Kinder haben, sind viele dieser früheren Beamten wie andere weiße Zimbabwer (vor allem Facharbeiter, Handwerker, Ingenieure, jedoch kaum Geschäftsleute und kaum Farmer) inzwischen in Drittländer, insbesondere nach Südafrika, abgewandert. Sie sehen für sich selbst und vor allem für ihre Kinder in Zimbabwe, das sich eben doch einschneidend vom früheren Rhodesien unterscheidet, keine Zukunft. Wichtig ist zu betonen, daß sie Zimbabwe aus freien Stücken verlassen. Nicht übersehen werden darf, daß auch zu ihrer Ersetzung im Berufsleben geeignete Kandidaten in der Regel nicht zur Verfügung stehen. Etliche Beobachter der zimbabwischen Szene gehen davon aus, daß sich der Altersaufbau der weißen Bevölkerung Zimbabwes bald ähnlich dem West-Berlins darstellen wird: Die Alterspyramide wird auf dem Kopf stehen!

¹¹ Government of the Republic of Zimbabwe: «Growth with Equity/An Economic Policy Statement», Salisbury, Februar 1981.

2. Zur Rivalität zwischen ZANU und ZAPU

Seit, unter für eine Weltmacht demütigenden Umständen, die UdSSR und Zimbabwe diplomatische Beziehungen aufgenommen haben, ist unwahrscheinlich geworden, daß die ZAPU(PF)-Partei des politisch im letzten Jahr weitgehend entmachteten Joshua Nkomo versuchen könnte, mit Hilfe einer fremden Macht ihre so überaus deutliche Wahlniederlage vom Februar 1980 zu »korrigieren«. Allerdings wird es hier und da immer wieder zu einem Aufbegehren der ZAPU(PF) kommen. Die Verantwortung dafür liegt außer bei den Massenmedien (Fernsehen, Rundfunk), die im übrigen sehr viel liberaler sind als ihr Ruf, und übereifrigen ZANU/PF-Funktionären hier und da auch bei dem Premierminister selbst¹². Denn allzu häufig wird von den Genannten die Rolle der ZAPU(PF) im Kampf gegen das Rhodesien von Ian Smith heruntergespielt, werden ihre Spitzenfunktionäre gedemütigt. Auch lösen alle Äußerungen von ZANU/PF-Offiziellen, Zimbabwe müsse nach Art anderer afrikanischer Länder zu einem Ein-Parteien-Staat umgestaltet werden, unter den Anhängern der ZAPU(PF) heftige Proteste aus.

3. Probleme der Reintegration der Guerilleros

Weitgehend ungelöst ist nach wie vor das Problem der sozialen Reintegration der Mehrzahl (etliche Zehntausend) der Angehörigen der beiden früheren Guerilla-Armeen ZANLA (*Zimbabwe African National Liberation Army*) und ZIPRA (*Zimbabwe People's Revolutionary Army*). Denn nur Teile beider Armeen konnten bislang mit Einheiten der Streitkräfte des *ancien régime* zu der neuen Nationalarmee verschmolzen werden. Nicht überraschen sollte, daß es innerhalb dieser bereits integrierten Einheiten aufgrund von Streitigkeiten zwischen ehemaligen ZIPRA- und ZANLA-Angehörigen verschiedentlich zu Meutereien gekommen ist. Bekannt wurden allerdings die für ZIPRA sehr verlustreichen Auseinandersetzungen, in die weiterhin in ihren »assembly points« in Entumbane/Bulawayo und Conemara untergebrachte, beschäftigungslose ZIPRA- und ZANLA-Angehörige verwickelt waren. Der Marsch aufständischer ZIPRA-Einheiten aus dem Gwai River Camp nach Bulawayo ließ Anfang 1981 sogar die Sorge aufkommen, in Zimbabwe werde ein Bürgerkrieg ausbrechen¹³. Dieser Gefahr konnte nur durch den Einsatz noch intakter, von weißen Offizieren kommandierter Einheiten aus der Zeit von Ian Smith (*Rhodesian African Rifles*; Luftwaffe) erfolgreich begegnet werden. Seit diesen Zwischenfällen werden wohl verstärkt und möglicherweise mit Erfolg Versuche unternommen, die Ex-Guerilleros zu entwaffnen¹⁴. Etliche von ihnen haben übrigens in der Zwischenzeit ihre *assembly points* verlassen und ziehen heute als marodierende Banden durch das Land. So berichten die Zeitungen in Umtali, Bulawayo und Salisbury fast Tag für Tag von bewaffneten Raubüberfällen, die sicher ganz überwiegend von Ex-Guerilleros begangen werden.

¹² Vgl. »The Herald« (Salisbury) vom 5. März 1981, S. 1. Dort heißt es u. a. »If they use fists, we will use fists . . . If it is to be an eye for an eye, we will remove two eyes for one eye . . .«. S. weiter »The Herald« vom 9. März 1981, S. 1.

¹³ »The Herald« (Salisbury) vom 13. Februar 1981, S. 1, 2; vom 14. Februar 1981, S. 1; vom 16. Februar 1981, S. 1. Vgl. auch »The Herald« v. 11. März 1981, S. 1 »ZIPRA break out of Gwai after Shots«.

¹⁴ S. etwa »The Herald« (Salisbury) vom 18. Februar 1981, S. 1 »22000 ex-Guerillas to be disarmed – Minister«.

Kaum vorstellbare Probleme werfen schließlich die Repatriierung von circa 250000 Flüchtlingen aus den Nachbarländern, die Rücksiedlung weiterer 250000 vor dem Krieg aus den ländlichen Gebieten in die Städte geflohener Zimbabwer sowie einer noch größeren Zahl von während des Krieges in »protected villages« und anderweitig zusammengepferchten Menschen auf. Nicht zuletzt hier Abhilfe zu schaffen, ist Ziel der Hilfszusagen in Höhe von insgesamt 1,4 Milliarden US-Dollars, zu deren Bereitstellung als Spenden bzw. günstige Kredite sich Ende März 1981 in Salisbury Delegationen von über 40 Staaten (darunter alle wichtigen westlichen Länder, nicht aber die UdSSR und die DDR) bei der »Konferenz über Wiederaufbau und Entwicklung« verpflichteten. Den EG-Ländern sollte es um so leichter werden, hier zu helfen, als mit Zimbabwe Ende 1980 ein von seinem Rohstoffreichtum her immens wichtiges Land als 60. AKP-Staat der Konvention von Lomé (Lomé II) beitrat¹⁵.

4. Politische Distanzierung von Südafrika

Daß sich hingegen die politischen Beziehungen Zimbabwes zu Südafrika stark abkühlten, wird niemanden verwundert haben. Denn schließlich beruht die innere staatliche Ordnung Südafrikas letztlich genauso auf dem Prinzip weißer Vorherrschaft wie das über Jahre von Mugabe und seinen Gefolgsleuten bekämpfte politische System Rhodesiens. So wurde Zimbabwe dann auch schon kurze Zeit nach Erlangung der Unabhängigkeit in den Kreis der nunmehr sechs Frontstaaten aufgenommen. Entsprechend scharf sind Mugabes Stellungnahmen zur Innen- und Außenpolitik Südafrikas. So äußerte er etwa: »*If the Botha regime cannot study the lesson of history that is provided here, then let it learn it in the bitter way, for the people of SA will not allow that apartheid regime to last for much longer . . . We will play our part alongside other members of the OAU and members of the international community in giving moral, practical and political support to the fighting people in SA . . .*«¹⁶. Und an anderer Stelle führte der zimbabwische Regierungschef aus: »*The South African regime has with impunity and arrogance erected itself as this region's aggressor . . . Daily it is promoting the subversion of our democratic governments, so apartheid can have a longer lease of life . . .*«¹⁷.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit Zimbabwes von Südafrika wie auch die Fülle seiner hier nur ganz kurz angesprochenen internen Probleme lassen es allerdings recht unwahrscheinlich erscheinen, daß Zimbabwe sich aktiv an einem Krieg zur Umkehr der Machtverhältnisse in Südafrika beteiligen wird. Eher unwahrscheinlich ist auch, daß die ZAPU(PF) Joshua Nkomos, die anders als die ZANU/PF langjährige gute Beziehungen zum südafrikanischen ANC unterhält, ohne Wissen der Regierung in Salisbury eine solche Politik verfolgen wird. Sowohl ZAPU(PF) als auch ZANU/PF werden die zimbabwische Regierung aber dort stützen, wo es,

15 Dazu »Le Courier« (Brüssel) 1–2/1981, S. I–II; »Lomé II: adhésion du Zimbabwe« und das Interview mit Robert G. Mugabe in »Le Courier« 3–4/1981, S. 11–14 (13–14).

16 Nach »The Sunday Mail« (Salisbury) vom 1. März 1981, S. 1.

17 Nach »The Herald« (Salisbury) vom 5. Dezember 1980, S. 1. Nach dem Übergriff auf das ANC-Büro in Matola/Maputo sprach R. Mugabe von Südafrikas »naked act of aggression against our peace-loving neighbour«; dazu »The Sunday Mail« (Salisbury) vom 1. Februar 1981, S. 1.

etwa in dem Verbund der Frontstaaten, darum geht, Südafrika zu zwingen, SWA/Namibia in die international anerkannte Unabhängigkeit zu entlassen.

V. SWA/Namibia vor der Unabhängigkeit?

Die hierauf gerichtete Initiative¹⁸ der fünf Westmächte endlich zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen, also insbesondere die hier einschlägige Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates in die Tat umzusetzen, war Ziel der von den Vereinten Nationen veranstalteten Genfer SWA/Namibia-Konferenz (*»pre-implementation meeting«*) von Anfang Januar 1981. An ihr waren als Parteien nur SWAPO und unter Führung des von Südafrika eingesetzten Generaladministrators D. Hough die DTA (Demokratische Turnhallen Allianz), ferner einige rechtskonservative weiße Parteien sowie Vertreter einiger schwarzafrikanischer Splitterparteien vertreten. Daß sich Repräsentanten dieser sogenannten internen Parteien SWA/Namibias und der Befreiungsbewegung SWAPO hier erstmals am Konferenztisch gegenüber saßen, war ein hervorragender diplomatischer Erfolg der hier vermittelnden westlichen Kontaktgruppe (Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Kanada und USA) wie auch der afrikanischen Frontstaaten und Nigerias. Alle diese Staaten wie auch Südafrika hatten nach Genf Beobachterdelegationen entsandt.

1. Das Scheitern der Genfer Konferenz

Ziel der Konferenz war vor allem, für den seit Jahren in SWA/Namibia tobenden Guerillakrieg den Zeitpunkt eines Waffenstillstandes zu vereinbaren. Danach anschließend, so die weitere Planung, sollte der von den westlichen Kontaktstaaten in fast vierjähriger, oft sehr mühseliger Konferenzdiplomatie erarbeitete Plan zur Entlassung SWA/Namibias in die international anerkannte Unabhängigkeit (Resolution 435) implementiert werden.

Die Genfer Konferenz scheiterte jedoch an der starren Haltung der Delegation aus Windhoek/Pretoria. Diese war nämlich nicht bereit, zu den in Genf möglichen Konditionen eine Vereinbarung über einen Waffenstillstand zu schließen. Offiziell äußerte sie, daß ihr die Parteilichkeit der Vereinten Nationen (zugunsten der SWAPO) die Zustimmung zu dem Friedensplan unmöglich mache. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Vereinten Nationen, mit Einschränkungen sogar deren Sicherheitsrat, in dem SWA/Namibia-Konflikt in der Tat in der Vergangenheit noch stets zugunsten der SWAPO Partei ergriffen hatten. Dennoch sollte kein Zweifel daran bestehen, daß es sich bei der von Windhoek/Pretoria genannten Begründung um einen Vorwand handelte. Denn für Windhoek/Pretoria waren ganz andere Gründe dafür ausschlaggebend, die Genfer Konferenz scheitern zu lassen: Zum einen wurde die Politik der damals noch nicht im Amt befindlichen Reagan-Administration allem Anschein nach falsch eingeschätzt. Die weißen

18 Aus der längst unüberschaubar gewordenen Literatur s. statt aller anderen Robert von Lucius und Gerhard Töttemeyer: »Namibia – Regionalkonflikt und Weltproblem«, in »Außenpolitik« 1/1979, S. 68–81; André du Pisani: »A Review of the Diplomatic Efforts of the Western Contact Group on Namibia, 1976–1980«, Occasional Paper des SAIIA, Braamfontein, 1980; Robert von Lucius: »Namibia/Über die Strategie Südafrikas«, in »Kommentar Afrika« (Hamburg) 3/1981, S. 34–45.

Afrikaner verließen sich zu sehr darauf, daß die künftige Politik der USA im südlichen Afrika weniger durch die eher liberale Richtung Haigs/Crockers als durch die ausgeprägt konservative Einstellung Allens/Kirkpatrick's geprägt werden würde. Zudem meinte man in Windhoek/Pretoria wohl, durch das Scheiternlassen der Genfer Konferenz Zeit zu gewinnen, um durch eine Politik umwälzender sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen die DTA (auf Kosten der SWAPO) zur führenden politischen Kraft des Landes zu machen. Schließlich hätte die Regierung Botha den nach Implementierung der Resolution 435 unaufhaltsamen Wahlsieg der SWAPO, insbesondere in einem Jahr vorgezogener Parlamentswahlen in Südafrika, innenpolitisch nicht verkraftet.

2. Ausblick auf die künftige Entwicklung

Prognosen über den Fortgang der internationalen SWA/Namibia-Diplomatie lassen sich heute nicht stellen. Es kann aber angenommen werden, daß Pretoria fortfahren wird, den rechtlichen und politischen Status der von der DTA gestellten Windhoeker Regierung zu stärken. Auch wird der Krieg fortgeführt und weiterhin tief nach Angola getragen werden. Darüber hinaus wäre jedoch ein endliches Nachgeben Pretorias gegenüber dem Drängen der westlichen Fünf weniger überraschend als die Beibehaltung des starren Neins von Genf. Denn auch die führenden weißen Afrikaner wissen, daß es keine Alternative zu der Politik gibt, SWAPO, die bei weitem stärkste politische Kraft des Landes, mit der Regierungsverantwortung in SWA/Namibia zu betrauen. Auch den Weißafrikanern ist bekannt, daß die DTA demgegenüber kaum mehr ist als ein Konglomerat von wenig homogenen, gefolgschaftsarmen Parteien aus der Retorte.

VI. Südafrika zwischen schwarzem Aufbegehren und weißer »kragdadigheid«

Hier und da werden Besucher Südafrikas den Eindruck gewinnen, das schwarze Südafrika sei heute weniger revolutionär gestimmt als zur Zeit der großen, jedoch an der weißen Übermacht gescheiterten Aufstände von 1976/77 (»Soweto«). Sie erfahren eben neben vielem anderen nicht, daß die weißafrikanische Regierung inzwischen auch ihre Streitkräfte zu Razzien in den Städten des schwarzen Südafrikas einsetzt. Deren Aufmerksamkeit wird vornehmlich den »Soweto graduates« gelten, die häufig als ganz junge Menschen die Geschehnisse von 1976/77 geprägt hatten (»Children's Crusade«), dann später im Ausland militärisches Training erfuhren und jetzt als Angehörige der in Südafrika selbst wohl erst im Aufbau befindlichen Guerilla-Armeen *Umkhonto we Sizwe* (des *African National Congress/ANC*) bzw. *Pogo* (des *Pan Africanist Congress/PAC*) zurückkehren.

Noch äußert sich der ständig militanter werdende schwarze Widerstand, außer im kirchlichen Bereich¹⁹, vor allem in Streiks und im Boykott des Unterrichts an schwarzen und gemischtrassigen Schulen sowie Universitäten. Bekanntlich haben

19 S. etwa, zu den Feierlichkeiten zur 20. Wiederkehr der Unruhen von Sharpeville in Regina Mundi, »Frontline« (Johannesburg) 1980, 5, S. 8–9 »Sharpeville Commemoration/Tough talk at Regina Mundi«. S. weiter Allan Boesak: »The Black Church and the Future«, in: »South African Outlook« (Rondebosch) 1979, 7, S. 101–104.

die aufgrund der Empfehlungen der Wiehahn-Kommission ergangenen Gesetze in den letzten Jahren sehr zur Stärkung der rechtlichen Position schwarzer Gewerkschaften geführt. Sie sind, gewiß entgegen den Absichten der Reformer um Wiehahn, inzwischen längst in eine auch im Politischen sehr wichtige Rolle hineingewachsen. So wurden 1979 bis 1981 zahlreiche Streiks, außer zur Durchsetzung von Lohnforderungen, mit dem Ziel politischer Veränderungen ausgerufen. Besonders Bedeutung erlangten hier die folgenden Kampfmaßnahmen²⁰: der Streik der Textilarbeiter des Frame-Konzerns (Natal) mit dem Streikzentrum Consolidated Frame Cotton Corporation; der Streik bei Volkswagen/Uitenhage; der Streik bei Table Bay Cold Storage Company mit dem Ziel, die Anerkennung eines nicht-registrierten Arbeiter-Komitees durch die Betriebsleitung durchzusetzen; der Streik bei Ford/Port Elizabeth, mit dem die Wiedereinstellung des führenden Kopfes der militanten politischen Bewegung *Port Elizabeth Black Civic Organization* (Pebco), des später gebannten und dann im Exil dem ANC beigetretenen Thozamile Botha, erreicht werden sollte; sowie schließlich der von Joseph Mavi in Johannesburg initiierte Streik, der dem Ziel diente, die Anerkennung der unabhängigen *Black Municipality Workers' Union* (BMWU) durchzusetzen. So außerordentlich wichtig alle diese Streikmaßnahmen gerade auch für das politische Gefüge Südafrikas sind, so sollte bei ihrer Bewertung doch zweierlei nicht übersehen werden: Es gibt keine Solidarität zwischen weißen und schwarzen Arbeitern. Und dort, wo sie überhaupt vorhanden ist, erscheint die Solidarität zwischen schwarzen Arbeitern einerseits und gemischtrassigen sowie indienstämmigen Arbeitern andererseits nicht selten brüchig.

Trotz der sehr niedrigen Zahl der hier Streikenden sorgte schließlich der Arbeitskampf der allesamt bei mehr oder weniger liberalen Zeitungen (»Post«, »The Star«, »Rand Daily Mail«) beschäftigten Mitglieder der *Media Workers Association of South Africa* für erhebliches Aufsehen. Hier ging es nicht nur darum, bei den Zeitungseignern die Anerkennung der MWASA als unabhängige Gewerkschaft der Schwarzen durchzusetzen. Denn MWASA bestand auch darauf, daß ihre Mitglieder, um ihren später gebannten Präsidenten Zwelakhe Sisulu zu zitieren, entsprechend ihrem Selbstverständnis als »revolutionary propagandists«²¹ arbeiten könnten.

Einzelne dieser und anderer Streiks wurden von Teilen der Bevölkerung dadurch unterstützt, daß diese sich weigerten, Produkte von bestreikten Unternehmen (Fattis and Monis/Bellville u. a.) zu kaufen. Auch bei diesen Maßnahmen geht es letztlich darum, einen Beitrag dazu zu leisten, das bestehende System durch eine neue, aus einer Revolution heraus geborene Ordnung zu ersetzen. Nichts anderes gilt für die zahllosen Streiks schwarzer und gemischtrassiger Schüler und Studenten an Schulen und Universitäten. Immer noch gilt, was Richter Petrus Cillie im

²⁰ Dazu John Mawbey: »The 1980 Cotton Workers Strike«, in »South African Labour Bulletin« (SALB/Durban) 5/1980, S. 4–16; Natal Labour Research Committee: »Control of a Work force – the Frame Case«, in SALB (Durban) 5/1980, S. 17–48; Western Province General Workers Union: »The Cape Town Meat Strike – The Struggle for Democratically Elected Workers' Committees«, in SALB 5/1980, S. 49–78. Zu dem Streik bei Ford s. »Thozamile Botha/The Botha with the difference«, in »Frontline« (Johannesburg) 1980. August, S. 6–9 sowie die Beiträge von Marianne Roux, Johann Marec, Merle Favis und Michael Evans in SALB 2–3/1980. Zu dem Streik der BMWU s. Steven Friedman und Denis Beckett: »The Johannesburg Strike/Dumping the dustmen«, in »Frontline« 1980. September, S. 9–11. 21. Denis Beckett: »The Mwas Strike/Beneath the Surface lie bottomless depths«, in »Frontline« (Johannesburg) 1980. Dezember, S. 4–7, 37–38 (4).

Februar 1980 in seinem offiziellen Bericht über »Soweto« feststellte: » . . . *the officials believed that there were agitators behind all the rebelliousness . . . they did not realize that the scholars were so dissatisfied they could easily become riotous.* « Die Unterdrückten setzen sich gegen ein Erziehungssystem²² zur Wehr, von dem sie mit guten Gründen meinen, daß es maßgeblich zur Perpetuierung der ihnen verhaßten Ordnung beiträgt.

1. Vorstellungen schwarzer Südafrikaner von einer neuen politischen Ordnung

Nur wenige schwarze Führer denken am Vorabend der großen südafrikanischen Revolution noch darüber nach, ob und gegebenenfalls durch welche verfassungsrechtlichen Kompromißformeln Südafrika letztlich doch noch vor einem heute noch unvorstellbaren Zerstörungswerk bewahrt werden kann. Wichtigster Vertreter dieser immer noch vorhandenen Gruppe der Gemäßigten ist der nach wie vor über die Provinz Natal hinaus einflußreiche Präsident der INKATHA-Bewegung²³, U. M. Gatsha Buthelezi. So fungiert er, der die Entschlossenheit des weißen Südafrikas zur bedingungslosen Selbstbehauptung anders als die meisten seiner militanten Kritiker zutreffend einschätzt²⁴, nach wie vor als Vorsitzender der nach ihm benannten Buthelezi-Kommission. Diese bemüht sich – allerdings im Politischen bislang ohne nennenswerten Erfolg – um die Erarbeitung einer neuen Ordnung für die Provinz Natal, die für das übrige Südafrika Modellcharakter haben könnte. Gesucht wird hier nach einem verfassungsrechtlich verankerten Schlüssel zur Aufteilung der staatlichen Macht auf die in Natal ansässigen Gruppen schwarzer, weißer und brauner Südafrikaner (konkordanzdemokratisches System). Beiläufig sei vermerkt, daß die Ergebnisse der Arbeit dieser Kommission selbst für INKATHA nur dann akzeptabel sein werden, wenn sie radikal zugunsten der Schwarzen vom *status quo* abweichen. Dann aber werden die Weißen sie wohl zurückweisen. Denn obwohl die letzteren mehrheitlich englischsprachig sind, sind sie nicht einen Deut liberaler als etwa die afrikaanssprachigen Weißafrikaner im Transvaal.

In den städtischen Zentren des schwarzen Südafrikas werden nur wenige der Arbeit der Buthelezi-Kommission ein besonderes Interesse entgegenbringen. Nthato Motlana, Vorsitzender des wichtigen Komitees der Zehn/Soweto, sprach wahrscheinlich für sehr viele seiner schwarzen Mitbürger, als er kürzlich ausführte: »*And still others talk of the antiquated idea of a qualified franchise . . . The consociation argument has also been raised recently, and various cranks come up with all sorts of plans to re-*

22 Dazu u. a. Edgar Maurice: »What did you learn in school today?/80 years of educational protest«, in »The Black Sash« (Johannesburg) 2/1981, S. 2–10. Vgl. auch das immer noch lesenswerte Sonderheft von »The Black Sash« (Johannesburg): »Education for Isolation«, 5/1960, 45 S.

23 Dazu Lawrence Schlemmer: »The Stirring Giant: Observations on the INKATHA and other Black Political Movements in South Africa«, S. 99–126 (111–126), in Robert M. Price & Carl G. Rosberg (eds.): »The Apartheid Regime/Political Power and Racial Domination«, Berkeley, 1980.

24 S. dazu Gatsha Buthelezi: »Power That Has Not Yet Been Wielded«, in »Frontline« (Johannesburg) 1980, Oktober, S. 26–28; ders.: »Christian Perspectives of the Black Liberation Struggle in South Africa«, in »South African Outlook« (Rondebosch) 1979, September, S. 134–138; ders.: »Presidential Address – Inkatha after 5 years«, S. 9–22 in »INKATHA/Sixth Ordinary General Conference/June 1980«, Pinetown Printers. Vgl. ferner den wichtigen Aufsatz von Robert von Lucius: »Zwischen Resignation und Militanz/Zur Situation der Schwarzen in der Republik Südafrika«, in FAZ v. 18. Juli 1980, S. 5–6.

design the divisions so that blacks get a squarer deal than the 13 percent that the government policy allows for, but these things are all irrelevant and not worth talking about«²⁵. Mit anderen Worten, auch N. Motlana fordert »One Azania, one Nation«. Es bedarf übergroßer Naivität um anzunehmen, daß in einer solchen Volksrepublik Azania noch Platz für die weißafrikanische Nation und die beiden braunafrikanischen Minderheiten sein wird. Sie würden vielmehr vertrieben oder liquidiert werden. Das wird von jungen schwarzen Südafrikanern heute auch durchaus hier und da zugegeben: Sie sprechen von den Weißafrikanern nur noch als »settlers« oder »boers«. Es steht also zu befürchten, daß viele Anhänger von ANC, BCM/PAC und AZAPO erst durch das Erleben der großen Katastrophe dazu gebracht werden, über Kompromißformeln nachzudenken und an ihrer Implementierung mitzuwirken.

2. Von der Unfähigkeit des weißen Südafrikas zum Wandel

Die Reaktion des weißen Südafrikas auf den militanten Protest des schwarzen und in Grenzen auch des braunen Südafrikas kann niemanden ermutigen. Es gibt zwar nach wie vor unter den führenden Vertretern des in der NP organisierten Afrikanerdoms hervorragende Persönlichkeiten, die dem radikalen Bruch mit der gegenwärtigen Politik der Apartheid das Wort reden. Das gilt, hinter verschlossenen Türen, wahrscheinlich sogar für einige führende Mitglieder des Kabinetts. Im übrigen melden sich neben Journalisten der afrikaansen Tageszeitungen vor allem Hochschullehrer aus Stellenbosch, Pretoria, der Rand Afrikaanse Universiteit/Johannesburg und Potchefstroom zu Wort. In Potchefstroom hat sich kürzlich abermals Hennie Coetzee durch sehr lesenswerte Zeitschriftenbeiträge hervorgetan²⁶. Für sehr viel Aufsehen sorgte schließlich die Forderung Ton Vosloos, des Chefredakteurs der in den letzten Jahren immer lesenswerter gewordenen Tageszeitung »Beeld« (Johannesburg), die Regierung müsse auch mit dem (illegalen) ANC über die Zukunft des Landes reden²⁷. Dies alles hat jedoch offenbar kaum Einfluß auf die Politik Pretorias. Manchmal hat es sogar den Anschein, als richte das von der NP gestellte Kabinett sich in seiner Politik mehr nach den Vorstellungen des offiziellen Organs der reaktionären *Herstigte Nasionale Party*, »Die Afrikaner«, als nach den Postulaten jener Intellektuellen aus den eigenen Reihen, die nicht mit der sonst in Südafrika so verbreiteten ideologischen Blindheit geschlagen sind.

Es steht zu erwarten, daß in absehbarer Zeit, auf der Basis von »*separate rolls*«, eine begrenzte Zahl von Vertretern der gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikaner in das bislang rein weiße Kapstädter Parlament und anschließend auch in die Regierung in Pretoria einziehen wird. Gegenüber den circa 20 Millionen schwarzen Südafrikanern (circa 71 Prozent der Gesamtbevölkerung) wird Pretoria

25 Nach »Perceptions of Change/Separate dilemmas and white rights«, in »Frontline« 1980, Mai, S. 22–23 (22); vgl. Desmond Tutu: »Polarised South African Society«, in »The Black Sash« (Johannesburg) 1980, Mai, S. 20–23, 26; ders. »Plastic surgery can't change its ugly face«, in »Frontline«, 1980, September, S. 30–32. S. schließlich das Interview mit Nthato Motlana »Alles muß zerstört werden«, in »Der Spiegel« (Hamburg) 40/1980, S. 169–173.

26 S. dazu seine in »Woord en Daad/Calvinistiese Maandblad« (Potchefstroom) im Jahr 1980 unter dem Titel »Bittercinders. Hensoppers. Voortrekkers« erschienenen Beiträge.

27 »Beeld« (Johannesburg) vom 9. Januar 1981 »Soos Swapo, lê die ANC voor«.

seine bisherige Politik aber wohl fortführen. Hier gibt nach wie vor »*kragdadigheid*« (Kraftmeierei) den Ton an. Nicht anders als sehr viele schwarze, so werden wohl auch die meisten weißen Afrikaner erst dann über politische Kompromisse nachdenken und diese offen diskutieren, wenn die Kosten des südafrikanischen Bürgerkrieges für sie allzu hoch geworden sein werden.

Vorerst aber wird jene Politik weiter gutgeheißen, nach der im Dezember 1981 als viertes Reservat die Ciskei in die Unabhängigkeit entlassen werden wird. Und dies, obwohl, mehr noch als Transkei und BophuthaTswana, Ciskei eher Ähnlichkeit hat mit den im *outback* gelegenen Reservaten australischer *aboriginals* und jenen der nordamerikanischen Indianer als mit einem auch nur halbwegs lebensfähigen Staat²⁸. So veröffentlichte eine Hilfsorganisation für Schwarze, »Die Swart Serp/The Black Sash«, Anfang letzten Jahres von (schwarzen) Bewohnern der südafrikanischen Reservate angestellte Berechnungen, nach denen sie ihren Lebensstandard selbst dann durch die (illegale) Annahme einer Arbeitsstelle im »weißen« Südafrika erheblich anheben können, wenn sie deswegen (Verstoß gegen die Paßgesetze) alljährlich eine mehrmonatige Haftstrafe verbüßen müssen²⁹. Ein Arbeiter aus Ciskei, der nach neun Monaten illegaler Tätigkeit in Pietermaritzburg für den Rest des Jahres inhaftiert wird, kann seine Jahreseinkünfte sogar um über 700 Prozent steigern. So ist es nicht verwunderlich, daß die von den in Zwelitsha, der Hauptstadt Ciskeis, herrschenden Quislingen berufene Expertenkommission zu dem eindeutigen Urteil kam, daß die übergroße Mehrheit der Bewohner des Reservates dessen Entlassung in die staatliche Unabhängigkeit ablehnt³⁰. Gemeinsam mit Pretoria »korrigierten« die Quislinge diese empirisch gesicherten Daten allerdings später in einem Referendum.

VII. Schlußbemerkungen

Das wirtschaftlich und strategisch für den Westen so wichtige Südafrika wird nur dann nicht im Chaos versinken, wenn die USA, im Einvernehmen mit Westeuropa, Australien, Neuseeland, Japan und einer möglichst großen Anzahl von OAU-Staaten alle Möglichkeiten ausschöpfen, die in Südafrika streitenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Wollen diese Mittlerstaaten ihre Mission nicht von vornherein für gescheitert erklären, so müssen sie allen übergroßen Widerständen zum Trotz Kompromißvorschläge für eine neue staatliche Ordnung Südafrikas erarbeiten. Dazu scheinen die USA unter Chester A. Crocker heute erstmals bereit zu sein.

Beachtung verdient, daß Crocker in Anknüpfung an eine u. a. von der »Außenpo-

28 S. dazu den jüngst von dem Bureau of Economic Research veröffentlichten Bericht zum Thema »Co-operation and Development« (BENSO)/Pretoria, in »Development Studies in Southern Africa« (Pretoria) Juli 1980.

29 Nach »Resettlement and Influx – The Grand Design/The Fuse Burns Shorter«, in »The Black Sash« (Johannesburg) 1980, Februar, S. 5–7, 11–13 (5).

30 Ciskei Commission: »The Quail Report«, Silverton, Februar 1980. S. die Besprechung dieses Berichtes durch Robert von Lucius, in »Afrika Recht & Wirtschaft« (Wiesbaden) 4/1980, S. 27–28.

litik«³¹ initiierte Diskussion davon spricht, daß der Ausweg aus dem südafrikanischen Dilemma möglicherweise durch eine »negotiated partition«³² des Landes (in einen größeren schwarz- und einen entsprechend kleineren weiß-/braunafrikanischen Staat) zu finden sei. Sollte es nicht gelingen, eine Einigung der streitenden Parteien herbeizuführen, sollte, mit anderen Worten, der Südafrika-Krieg trotz aller seiner unkalkulierbaren internationalen Implikationen über Jahre währen, so wird eintreten, was der liberale Weißafrikaner Frederik van Zyl Slabbert vor Jahren zu dem »Außenpolitik«-Plan bemerkte: Für die Grenzziehung zwischen den beiden Nachfolgestaaten des heutigen Südafrikas werden nicht Wissenschaftler, sondern Soldaten verantwortlich sein³³. Ähnlich argumentierte kürzlich A. J. Venter: »In the final analysis it may also be impossible for South Africa to maintain unity among diversity by a sustained consociational marriage and some kind of divorce (such as India and Pakistan in 1947) may well be a viable alternative – despite the enormous costs involved«³⁴.

31 S. Jürgen Blenck/Klaus Frhr. von der Ropp: »Republik Südafrika: Teilung als Ausweg?«, in »Außenpolitik« 3/1976, S. 308–324; dies. »Republic of South Africa: Is Partition a Solution?«, in »South African Journal of African Affairs« (Pretoria) 1/1977, S. 21–32; zu den internationalen Reaktionen s. Klaus Frhr. von der Ropp: »Is Territorial Partition a Strategy for Peaceful Change in South Africa?«, in »International Affairs Bulletin« (Braamfontein) 1/1979, S. 36–47; ders. »De republiek Zuid-Afrika: een oplossing door deling van de macht of door deling van het land?«, in »Internationale Spectator« (Den Haag) 2/1981, S. 114–122.

32 Chester A. Crocker, a. a. O., (Fußnote 1), S. 348. Beachtung verdient, daß Carter Ebrahim, Deputy Chairman der (Coloured) Labour Party kürzlich gleichfalls von einer »negotiated partition« als einem Ausweg aus dem südafrikanischen Dilemma gesprochen hat, s. »Prospects for peaceful change in the 1980s«, in »The Black Sash« (Johannesburg) 1980, Mai, S. 24–25 (25).

33 Nach Fredrik van Zyl Slabbert and David Welsh: »South Africa's Options/Strategies for Sharing Power«, Kaapstad, 1979, S. 169.
34 A. J. Venter: »Some of South Africa's Political Alternatives in Consociational Perspective«, in »South Africa International« (Johannesburg) 3/1981, S. 129–141 (141).